



## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Annette Karl, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann SPD**

### **Masterplan Digitale Schule I: Lernmittelfreiheit für digitale Endgeräte und Software**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) den Begriff „Lernmittelfreiheit“ dahingehend zu ändern, dass insbesondere digitale Endgeräte für jeden Schüler, jede Schülerin und jede Lehrkraft unter die Lernmittelfreiheit fallen. Darüber hinaus sollen auch alle anderen digitalen Lernmittel wie Apps und für den Unterricht nötige Software kostenfrei sein.

### **Begründung:**

238 000 Schülerleihgeräte für 1,67 Mio. Schülerinnen und Schüler sowie 51 000 Geräte für rund 150 000 Lehrkräfte stehen bisher für digitale Bildung an Bayerns Schulen zur Verfügung. Das ist weit entfernt von einer Eins-zu-eins-Ausstattung, die für digitalen Unterricht und digitale Lehr- und Lerninhalte nötig ist.

Die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von Kindern und Jugendlichen von ihrem Elternhaus, die das bayerische Bildungssystem prägt, setzt sich auch im Bereich der digitalen Bildung fort. So hat zuletzt die Studie ICILS festgestellt, dass im Bereich des Computational Thinking die deutschen Schülerinnen und Schüler im internationalen Vergleich Kompetenzen im Bereich des unteren Mittelfelds aufweisen. Deutschland liegt hier sowohl unter dem internationalen als auch dem europäischen Mittelwert. Die von der sozialen Herkunft abhängigen Diskrepanzen sind sehr signifikant. Auch im internationalen Vergleich weist Deutschland hier große Defizite auf. Zudem gibt es signifikante Kompetenzunterschiede zuungunsten von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Um diese Befunde zu überwinden, fordert die Studie ICILS u. a. die Weiterentwicklung von Lehrplänen mit dem Ziel, die sozialen Bildungsdisparitäten zu überwinden. Das ist möglich durch eine systematische, sukzessive aufeinander aufbauende, lernendenorientierte Anbahnung und Entwicklung digitaler Kompetenzen für alle Schülerinnen und Schüler über die gesamte Bildungsbiographie.

Ohne Eins-zu-eins-Ausstattung mit digitalen Geräten für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler ist ein Erreichen des internationalen Standards im Bereich der digitalen Bildung nicht möglich. In der Studie ICILS wurde deutlich, dass zum Beispiel 91 Prozent der dänischen Schülerinnen und Schüler angaben, jeden Tag digitale Medien im Unterricht zu nutzen. In Deutschland waren es vier Prozent. Nur durch die tägliche Nutzung entsteht Kompetenz. Das gilt neben den Schülerinnen und Schülern auch für die Lehrkräfte. Es darf kein Unterschied zwischen verbeamteten und angestellten Lehrkräften bei der Ausstattung mit Endgeräten gemacht werden. Alle müssen gleichermaßen mit den nötigen Arbeitsmitteln ausgestattet sein.

Diese Befunde wurden während des pandemiebedingten Homeschoolings bestätigt und zeigten sich auf bittere Weise. Diejenigen Kinder und Jugendlichen, die bereits vorher schon über ein eigenes Endgerät verfügten, hatten weniger Schwierigkeiten, die digitalen Lernformen zu nutzen. Es gehört daher zur Herstellung von Chancengerechtigkeit, hier alle weiteren Anstrengungen zu unternehmen, dass technische Defizite nicht zu weniger Bildungserfolg führen.



## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Annette Karl, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann SPD**

### **Masterplan Digitale Schule II: Digitale Ausstattung für Schulen (Hard- und Software, Netz)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Kommunen, wo auch immer nötig, darin zu unterstützen, die Mittel des Bundes für die digitale Infrastruktur an Schulen in den nächsten drei Jahren zu verplanen und sukzessive zu verausgaben.

### **Begründung:**

Aus dem landeseigenen Digitalpakt „Digitales Klassenzimmer“ sind bisher weniger als die Hälfte der Klassenzimmer in Bayern mit digitaler Infrastruktur ausgestattet, lediglich 50 000 der über 100 000 Klassenzimmer sind digital. Aus dem Digitalpakt Schule des Bundes, aus dem Bayern insgesamt 667 Mio. Euro erhält, werden insbesondere die digitale Vernetzung in Schulgebäuden, der Ausbau der schulischen WLAN-Infrastruktur sowie die Errichtung digitaler Klassenzimmer und in begrenztem Umfang schulgebundene mobile Endgeräte gefördert. Zum Zeitpunkt des letzten Berichtes an den Bund (Stichtag 30. Juni 2021) waren 112 Mio. Euro durch die Schulaufwandsträger beantragt und 67 Mio. Euro (10 Prozent) durch die Regierungen bewilligt.

In diesem Tempo kann es nicht weitergehen. Die Kommunen brauchen Unterstützung, um die vielen Mittel sinnvoll einzusetzen. Ein wichtiger Schritt dafür ist der Einsatz von Systembetreuern, die auch die weitere Wartung und Pflege der Hardware übernehmen, die für die digitale Infrastruktur vonnöten ist. Die Förderrichtlinie für den Einsatz von Systembetreuern liegt immer noch nicht vor, was u. E. ein schweres Versäumnis ist.



## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann SPD**

### **Masterplan Digitale Schule III: Eine Systembetreuerin bzw. ein Systembetreuer pro Schule**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Förderrichtlinie zur Finanzierung der IT-Systembetreuerinnen und IT-Systembetreuer an Schulen in Umsetzung des DigitalPakts Schule so anzupassen, dass pro Schule eine Systembetreuerin bzw. ein Systembetreuer eingesetzt werden kann.

### **Begründung:**

Bis zum Jahr 2024 sollen die vom Bund in der Erweiterung des DigitalPakts Schule bereitgestellten Fördermittel in Höhe von 77,8 Mio. Euro (Zusatz-Verwaltungsvereinbarung „Administration“ zum DigitalPakt Schule 2019 bis 2024) aus Landesmitteln auf 155,6 Mio. Euro verdoppelt werden. Damit soll der Ausbau der technischen IT-Administration gefördert werden. Die Zusatz-Verwaltungsvereinbarung „Administration“ zum DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 ist am 4. November 2020 in Kraft getreten. Ein Mittelabruf und somit eine solide Planung sind allerdings stark verzögert worden, weil die Staatsregierung Monate gebraucht hat, um eine entsprechende Förderrichtlinie zu erlassen. Die SPD-Fraktion hat den Erlass mehrfach angemahnt (vgl. Drs. 18/11678). Auf eine Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild und Klaus Adelt vom 3. Mai 2021 hin musste das Staatsministerium für Unterricht und Kultus erneut einräumen, dass ein Mittelabfluss aus dem Sonderbudget „Systemadministration“ bisher nicht erfolgen konnte, weil die Richtlinie nach wie vor nicht in Kraft getreten ist. Eine weitere Anfrage des Abgeordneten Klaus Adelt vom 5. Juli 2021 ergab, dass die Verordnung immer noch nicht veröffentlicht wurde. Diese Verzögerungen gingen und gehen zu Lasten von Schulen und Kommunen; die Leidtragenden sind die Schülerinnen und Schüler, denen nach wie vor keine adäquate digitale Infrastruktur zur Verfügung steht.

Viele Schulen in Bayern sind immer noch nicht für die Digitalisierung gerüstet. Mehr als 10 000 Klassenzimmer sind noch immer ohne Internetanschluss, ein Drittel aller Schulen hat kein WLAN und 36 Prozent der Schulen stehen keine digitalen Endgeräte für Homeschooling zur Verfügung. Gleichzeitig hat der Oberste Rechnungshof die massive Verschwendung von Steuergeldern bei IT-Projekten des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus kritisiert. Statt die Mammutaufgabe Digitalisierung der Schulen konzeptionell und professionell anzugehen, wird wahllos Geld für teure Projekte ausgegeben, die oft nutzlos sind.

Die Förderrichtlinie zur IT-Systembetreuung an Schulen muss zum Ziel haben, dass jeder Schule eine eigene Systembetreuerin bzw. ein eigener Systembetreuer zur Seite

steht. Kleinere Schulen müssen sich zu einem Verbund zusammenschließen können, um die Systembetreuung gemeinsam zu organisieren. Die Richtlinie muss deshalb angepasst werden.



## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann SPD**

### **Masterplan Digitale Schule IV: Fortbildungen für digitales Lehren und Lernen jetzt ermöglichen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Fortbildungsinfrastruktur u. a. an Universitäten und an der Akademie in Dillingen dafür zu schaffen, dass alle Lehrkräfte an Bayerns Schulen in den nächsten fünf Jahren 200 Stunden, also eine Woche im Jahr, Fortbildungen im Bereich der digitalen Bildung wahrnehmen können.

Im Entwurf für den nächsten Haushaltsplan sollen die dafür nötigen zusätzlichen Lehrerstellen, die dadurch benötigt werden, dass Vertretungen organisiert werden müssen, wenn Lehrkräfte an einer Fortbildung teilnehmen, und die zusätzlichen Mittel für die schulhausinterne Fortbildung bereitgestellt werden.

### **Begründung:**

In Ländern, die wie Singapur in internationalen Vergleichsstudien im Bereich der Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern vorn liegen, investieren Lehrkräfte im Rahmen ihrer Arbeitszeit 100 Stunden pro Jahr für Fort- und Weiterbildung. Das ist ein wesentlicher Gelingensfaktor für eine hohe Qualität im Bildungssystem. Aus der Hattie-Studie wissen wir, dass die gute Lehrkraft den Unterschied macht. Dies gilt insbesondere auch für die digitale Bildung.

Allein das digitale Medium macht noch keinen guten Unterricht. Zentrale Aspekte des Lernens, wie die gute Lehrer-Schüler-Beziehung, eine positive Fehlerkultur, der Dialog im Unterricht, das soziale Miteinander und nicht zuletzt gegenseitige Wertschätzung, werden nicht automatisch durch die Verkabelung des Klassenzimmers in den Vordergrund gerückt. Lehrkräfte benötigen eine „grundlegende pädagogische und didaktische Professionalität, um die Möglichkeiten und Grenzen einer Digitalisierung für Bildungsprozesse erkennen und entsprechend darauf eingehen zu können“, wie Professor Klaus Zierer es ausdrückt.

Es ist daher zwingend erforderlich, dass alle Lehrkräfte in Bayern die Möglichkeit erhalten, die Qualität ihres Unterrichts mithilfe von digitalen Medien erneut zu verbessern. Weil das bei 150 000 Lehrkräften in Bayern eine große Herausforderung ist, muss die Zeit gut genutzt werden, die der fehlende Technikinfrastrukturausbau schafft, um allen Lehrkräften die Möglichkeit zu eröffnen, für eine Woche im Jahr Fortbildung in Anspruch zu nehmen. Große Bedeutung für die differenzierte Fortbildung spielt auch die schulinterne Lehrerfortbildung, die auf die individuellen Bedürfnisse vor Ort eingeht und daher besonderer Berücksichtigung bedarf.



## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann SPD**

### **Masterplan Digitale Schule V: Digitalen Unterricht an weiterführenden Schulen weiterentwickeln**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den weiterführenden Schulen in Bayern ein Modell zu entwickeln, wie in Zukunft ein Hybrid-Schulmodell aus Distanz- und Präsenzunterricht aussehen kann. Dabei sollen folgende Aspekte in den Blick genommen werden:

- Entwicklung neuer digital gestützter Lehr-Lern-Konzepte auf Basis der Erfahrungen aus dem Distanzunterricht.
- Erarbeitung von rechtssicheren, validen und ökonomischen Formaten zur Messung und Bewertung des Lehr-Lern-Erfolgs, die möglichst im Präsenz- und Distanzunterricht wie auch bei Prüfungen zur Anwendung kommen können.
- Gezielte Fort- und Weiterbildung für die bereits im Dienst stehenden Lehrkräfte im Bereich des Digitalunterrichts.
- Erweiterung der Entscheidungs- und Handlungsspielräume an den weiterführenden Schulen, um Innovationsfreudigkeit und Gestaltungswillen nicht zu bremsen, sondern um entsprechend an den standort- bzw. regionalspezifischen Erfordernissen orientierte Schulentwicklung zu betreiben.

### **Begründung:**

Die überwiegende Mehrheit der weiterführenden Schulen konnte ihren Bildungsauftrag während der Coronapandemie in großen Teilen in einer Kombination unterschiedlichster Unterrichtsformen jenseits des durchgängigen Präsenzunterrichts weitgehend erfüllen. Asynchrones Lernen, Distanzunterricht, Lernen mit digitalen Medien, Streaming-Formate, der Einsatz digitaler Lernplattformen und viele weitere neue Lehrtechniken funktionierten gut. Jetzt geht es darum, den Mehrwert dieser Formate gut zu nutzen und so für Verbesserungen zugunsten von Schülerinnen und Schülern zu sorgen.

Im Rahmen eines Modellversuches soll nun an verschiedenen weiterführenden Schulen erarbeitet werden, wie in Zukunft sinnvoll Präsenz- und Distanzunterricht eingesetzt werden können. Gerade für die Schülerinnen und Schüler der Mittel- und Oberstufen und der beruflichen Schulen könnten sich aus einem hybriden Schulmodell Vorteile ergeben. Die Fahrtwege könnten an zwei Tagen in der Woche entfallen und das Einüben von bestimmten digital gestützten Inhalten z. B. der Berufsausbildung könnten im Distanzunterricht simuliert werden.

Eines der größten Probleme in fast allen Varianten des Distanzunterrichts betrifft den Gesamtkomplex Leistungsbewertung. In dem Modellversuch könnten analog zu den Prüfungen an den Universitäten zum Beispiel Open Book-Verfahren ausprobiert werden. Wir brauchen Lösungen, die Rechtssicherheit, Überprüfbarkeit, Fairness und Praktikabilität sicherstellen.

Die digitale Kompetenz der Lehrkräfte hat sich enorm entwickelt; das ist ein Qualitätsschub für die Schulen und sollte gesichert, gefördert und weiterhin ausgebaut werden. Die Möglichkeit von Online-Fortbildungen und Mikrofortbildungen sollten weiterhin die üblichen Fortbildungsformate ergänzen können.

Die am Modellversuch teilnehmenden Schulen sollen so viele Entscheidungsspielräume wie möglich erhalten, um die nötigen Schulentwicklungsprozesse anzustoßen.





## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher, Michael Busch, Christian Flisek, Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz SPD**

### **Masterplan Digitale Schule VI: Digitaltag einführen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die schulrechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Schulen einen Digitaltag einführen können, um das selbstgesteuerte Lernen mit Hilfe von digitalen Lehr- und Lernmitteln einzuüben.

### **Begründung:**

Die Routinen in den Schulen in Bayern sind im gesamten letzten Jahr außer Kraft gesetzt worden. Das ist nicht immer mit uneingeschränkter Freude geschehen, sondern war sehr anstrengend und herausfordernd. Viele Lehrerinnen und Lehrer haben sich hingesezt und individuelle, kluge Lösungen zur Bewältigung der neuen Herausforderungen gefunden. Die Schulen müssen nun klug überlegen, welche technische Ausstattung sie brauchen, mit welcher Plattform sie arbeiten wollen, aber auch, welche Möglichkeiten sie didaktisch nutzen wollen, damit alle Lehrerinnen und Lehrer die digitale Kultur in ihren Fächern für ihre spezifischen Zwecke nutzen können. Dazu gehört, dass die einzelnen Fachgruppen überlegen, welche Inhalte durch digitale Unterstützung besser als durch einen Lehrervortrag erarbeitet werden können. Das Konzept für die Digitalisierung sollte es ermöglichen, dass Schülerinnen und Schüler in ihrem eigenen Tempo arbeiten können und dabei sowohl gefördert als auch gefordert werden.

Schulentwicklung in diese Richtung kann gelingen, wenn ein Tag in der Woche als Digitaltag bestehen bleibt, der unabhängig vom Lernort – zuhause oder in der Schule – funktioniert. Diese Form des Unterrichts soll Teil des Schulentwicklungsprozesses einer Schule sein können und braucht andere schulrechtliche Rahmenbedingungen als der reine Präsenzunterricht.